

Positionspapier der Krotzebojer Grüne

zu den Kinderbetreuungsgebühren

Die Krotzebojer Grüne treten dem Vorurteil entgegen, dass sie mit der Forderung nach kostenloser Kinderbetreuung, lediglich den Eltern ein finanzielles Schnäppchen anbieten wollen.

Grundsätzlich geht es uns darum den Kindern die Chancengleichheit, insbesondere hinsichtlich der Bildung zu gewähren. Wenn es richtig ist, dass die frühkindliche Bildung bereits im Kindergarten beginnt, dann ist es wichtig unabhängig ihrer sozialen Herkunft und finanziellen Gegebenheiten der Erzieher, den Besuch des Kindergartens und Hort zu ermöglichen. Eine Regulierung der Bedarfsplätze darf nicht durch die Erhebung von Gebühren erfolgen. Das heißt, das fernhalten des Besuchs der Kinderbetreuungseinrichtungen mit Hilfe von Gebührenerhebung und damit die Anzahl zur Bereitstellung von Betreuungsplätzen, ist in höchstem Maße unsozial und bildungsfeindlich.

Aus der ersten internationalen Vergleichsstudie geht hervor, dass Deutschland im Vergleich aller 25 OECD-Staaten nur Platz 14 bei der Qualität der Betreuung der Jüngsten erreicht.

Wir halten es für unabdingbar, dass mit einer Durchmischung der Kinder innerhalb ihrer sozialen Herkunft, eine gegenseitige Befruchtung ermöglicht wird. Schließlich gilt es mittlerweile als Gemeinplatz, dass soziale Benachteiligung im Kindergarten zumindest abgemildert werden kann.

Es ist bezeichnend, dass die frühkindliche Bildung gebührenpflichtig ist und für die gutsituierten Kinder ihr späteres Studium kostenlos möglich ist.

Da eine Haushaltskonsolidierung durch die Erhebung von Kinderbetreuungsgebühren nicht erreicht werden kann, gibt es keinen vernünftigen Grund diese zu erheben. Vielmehr müssen strukturelle Sparmaßnahmen am Bedarf der Gemeinde, der Erhebung von Betreuungsgebühren, den Vorrang gegeben werden.

Selbst die mit Verschuldung finanzierte Kinderbetreuung stellt keine Belastung der nachfolgenden Generationen dar, wenn man Berücksichtigt, dass dies die Investition in die Entwicklungsmöglichkeit derer ist, für die es um ihre Zukunft geht. Abgesehen von Folgekosten einer Gemeinde durch mangelnde Bildung unserer Kinder, entsteht dem Träger der Betreuungseinrichtungen ein nachhaltiger Vorteil. Gemeinden profitieren auch in Form der Einkommensteueranteile vom Bildungsstand ihrer Einwohner.

Auch wenn wir von Großkrotzenburg ausgehend die Welt nicht retten können, so vertreten die Krotzebojer Grüne die Auffassung, dass vor der Erhebung von Kinderbetreuungsgebühren, alternativen Haushaltskonsolidierungen der Vorrang gegeben werden muss. Vorschläge unsererseits finden dazu leider keine Zustimmung.